

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1999



Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres und Justiz -

- Drucksachen 12/3300, 12/3400 und 12/3550 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Rechtsausschusses

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 03 - Zuständigkeitsbereich des Rechtsausschusses - wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Rechtsausschuß hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Teile des Einzelplans 03 in seinen Sitzungen am 30. September 1998, 21. Oktober 1998 und 1. Dezember 1998 beraten.

B Anträge der Fraktionen

Die Anträge der Fraktionen sind aus der Anlage ersichtlich. Die Begründungen zu den jeweiligen Anträgen und die Einzelabstimmungsergebnisse sind ebenfalls in der Anlage aufgeführt.

C Gesamtabstimmung

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 03 - Zuständigkeitsbereich des Rechtsausschusses - unter Einbeziehung der angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion vom Ausschuß angenommen.

Gunther Sieg
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999**

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Einzelplan 03</p> <p>Innerhalb des Einzelplans 03 sind die Geschäftsbereiche "Innere" und "Justiz" strikt zu trennen, insbesondere in den Kapiteln "Ministerium" und "Allgemeine Bewilligungen".</p> <p>Die Landesregierung wird insofern um Formulierungshilfe gebeten.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Da die organisatorische Zusammenlegung des Innen- und Justizministeriums noch Gegenstand einer Organklage beim Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen ist und weitere Vollziehungsmaßnahmen zur Zusammenlegung bis zur endgültigen Entscheidung unterbleiben müssen, ist eine haushaltsmäßige Vernetzung unzulässig.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p>nein ja nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999**

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	SPD BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN	<p>Kapitel 03 022 Allgemeine Bewilligungen - Bereich Justiz</p> <p>Titel 812 60 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen</p> <p>Senkung des Baransatzes</p> <p>von 30 400 000 DM um 1 000 000 DM auf 29 400 000 DM</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999**

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	<p>Kapitel 03 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 422 10 Bezüge der Beamten und Richter</p> <p>Hebung von 9 Stellen der Bes.Gr. A 13 g. D. BBesO nach A 13 h. D. BBesO</p> <p>Begründung: Die Änderung des Stellenplans soll Beförderungsmöglichkeiten für die Rechtspfleger eröffnen, die in der Position der Geschäftsführer von Justizbehörden, Amtsgerichten etc. und als Bezirksrevisoren tätig sind.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p style="text-align: right;">nein ja nein</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	CDU	<p>Kapitel 03 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 422 20 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 188 741 000 DM um 2 130 000 DM auf 190 871 000 DM</p> <p>Die Zahl der Einstellungsermächtigungen A 9 g. D. Rechtspflegeranwärter/Rechtspflegeranwärterinnen wird um 56 auf 80 erhöht.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Zahl der Einstellungsermächtigungen Rechtspflegeranwärter/Rechtspflegeranwärterin wurde im vergangenen Jahr bei weitem nicht ausgeschöpft. Die vorgenommene Erhöhung fängt diese Manko auf. Sie ist auch angesichts der Tatsache unumgänglich, daß die Fortschritte im Rahmen der technischen Ausstattung bei weitem noch nicht die geplante bisher in Ansatz gebrachte Reduzierung der Neueinstellungen rechtfertigt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	SPD Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Kapitel 03210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 422 20 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p> <p>Reduzierung der Zahl der Stellen für Referendare / Referendarinnen und Rechtspraktikanten / Rechtspraktikantinnen um 150 von 6800 auf 6650</p> <p>Umstellung der Ausbildung der Rechtsreferendare/ Rechtsreferendarinnen auf ein öffentlichrechtliches Ausbildungsverhältnis</p> <p>Barmittelansatz</p> <p>Reduzierung von 188 741 000 DM um 4 210 000 DM auf 184 531 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> siehe Antrag: Konzept zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p>ja nein ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
 im Rechtsausschuß
 zum Haushaltsgesetz 1999**

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 422 10 Bezüge der Beamten</p> <p>Einrichtung von 2 Planstellen Regierungsrat/Regierungsrätin (Psychologe/Psychologin) Bes.Gr. A 13 h. D. BBesO Einrichtung von 1 Planstelle Regierungsmedizinalrat/ Regierungsmedizinalrätin Bes.Gr. A 13 h. D. BBesO Einrichtung von 5 Planstellen Sozialinspektor/Sozialinspektorin Bes.Gr. A 9 g. D. BBesO Einrichtung von 5 Planstellen Regierungsinspektor/Regierungsinspektorin Bes.Gr. A 9 g. D. BBesO</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 427 342 000 DM um 1 100 000 DM auf 428 442 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Siehe Antrag: Konzept zum Abbau der Überlegung im Justizvollzug</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p>ja nein ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999**

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
9	CDU	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 422 10 Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">427 342 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">218 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">427 560 000 DM</td> </tr> </table> <p>1. Insgesamt werden 30 Stellen von A9 mit Zulage nach A10 übergeleitet.</p> <p>2. Der Stellenansatz für A13 h.D. wird um 9 erhöht, 3 Stellen entfallen bei A11, 6 Stellen bei A12.</p> <p>3. Der Stellenansatz A7 wird um 60 reduziert. Der Stellenansatz im Bereich A9 wird um 40 erhöht. Der Stellenansatz A8 um 20 erhöht.</p> <p>Begründung:</p> <p>zu 1. Durch die entsprechende Änderung des Stellenplans wird in einem zweiten Schritt eine angemessene Höhergruppierung im Bereich des allgemeinen Vollzugsdienstes der jetzigen Justizvollzugsamtsinspektoren und der Betriebsinspektoren geschaffen, die jeweils schon einmal für Teile in diesem Bereich im Jahr</p>	von	427 342 000 DM	um	218 000 DM	auf	427 560 000 DM	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p style="text-align: right;">nein ja nein</p>
von	427 342 000 DM								
um	218 000 DM								
auf	427 560 000 DM								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999**

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 9		<p>1997 eingeleitet wurde.</p> <p>zu 2. Durch die Änderung wird den stellvertretenden Anstaltsleitern ebenfalls in einem zweiten Schritt im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst, deren Dienstvorgesetzte entweder in Besoldungsgruppe A15 oder A16 besoldet werden, eine angemessene Besoldung gewährleistet, die mit Blick auf ihre Tätigkeit zwingend ist.</p> <p>zu 3. Mit Blick auf die ausgesprochen schlechte Beförderungstruktur im Bereich Strafvollzugsdienst kann erwartet werden, daß das Land dem Beispiel bereits fünf anderer Länder folgt und eine Rechtsverordnung basierend auf Art. 18 Versorgungsreformgesetz zur Änderung der Stellenobergrenzen abweichend von § 26 Bundesbesoldungsgesetz erlassen wird, noch mit Wirkung für das Jahr 1999. Demnach sollen in einem ersten Schritt zusätzliche Stellen für den Justizvollzugshauptsekretär geschaffen werden und analog für den hauptwerkmeister sowie Justizvollzugsamtsinspektor bzw. Betriebsinspektor.</p>	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999**

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 422 20 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p> <p>Einrichtung von 125 neuen Stellen für Justizvollzugsoberssekretärinnen/ Justizvollzugsoberssekretärinnen Bes.Gr. A 7 m. D. BBesO und Erhöhung der Zahl der beabsichtigten Einstellung für Justizvollzugsoberssekretärinnen/ Justizoberssekretärinnen um 125 von 179 auf 304</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 22 986 000 DM um 1 688 000 DM auf 24 674 000 DM</p> <p>Es wird folgender Haushaltsvermerk ausgebracht:</p> <p>Die Inanspruchnahme von 125 Einstellungsermächtigungen bedarf der Einwilligung des Finanzministeriums.</p> <p>Begründung Siehe Antrag: Konzept zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug</p>	angenommen SPD CDU GRÜNE ja ja ja

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	CDU	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 422 20 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 22 986 000 DM um 1 250 000 DM auf 24 236 000 DM</p> <p>Die Zahl der Einstellungsermächtigungen für Justizvollzugsoberekrätärwärter/Justizsekretärwärterin von 179 auf 230 erhöht.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Erhöhung der Einstellungsermächtigung ist angesichts des eklatanten Personalbedarfs im Strafvollzugsdienst unumgänglich.</p>	<p>SPD CDU GRÜNE</p> <p>Keine Abstimmung, da durch vorherigen Antrag erledigt.</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999**

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
12	CDU	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen Titel 425 10 Bezüge der Angestellten</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">76 820 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">7 500 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">84 320 000 DM</td> </tr> </table> <p>Die Stellen für Angestellte nach Verg.Gr. VIII BAT werden um 240 erhöht, kw zum 31.12.2001.</p> <p>Begründung: Die auf dieser Grundlage zusätzlich einzustellenden Angestellten BAT VIII im Justizvollzugsdienst treten an die Stelle der vorgesehenen Privatisierung in Teilbereichen des Strafvollzugs, für die ein entsprechender Haushaltsansatz im Sachkostenteil ausgewiesen ist. Die ohne Not bisher verfolgte Konzeption der Privatisierung ist im Bereich des Strafvollzugs abzulehnen. Durch die Einstellung für den Angestelltenbereich wird eine befristete Vorwegnahme ohnehin in den Folgejahren erforderlicher Neueinstellung für den Strafvollzugsdienst möglich. Für den - unwahrscheinlichen Fall -, daß Neueinstellungen in den Folgejahren nicht erforderlich sein werden, steht die Entscheidung einer endgültigen Übernahme in der Gestaltungshoheit des Haushaltsgesetzgebers.</p>	von	76 820 000 DM	um	7 500 000 DM	auf	84 320 000 DM	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p style="text-align: right;">nein ja nein</p>
von	76 820 000 DM								
um	7 500 000 DM								
auf	84 320 000 DM								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999**

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 425 10 Bezüge der Angestellten</p> <p>Einrichtung von 10 Stellen des Büro-/Registrator- und Kassendienstes (Dienststart 01) Vergütungsgruppe V1b BAT</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 76 820 000 DM um 600 000 DM auf 77 420 000 DM</p> <p>Begründung Siehe Antrag: Konzept zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14	SPD Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 429 10 Ausgaben aufgrund von Gestellungsverträgen</p> <p>Ausbringen eines Haushaltsvermerks Nr.3 : Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 547 10.</p> <p><u>Begründung:</u> Siehe Antrag : Konzept zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzugs</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p style="text-align: right;">ja nein ja</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	SPD Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Kapitel 03410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 518 10 Miete und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</p> <p>Miete für eine Ersatzfreiheitsstrafenvollzugsanstalt</p> <p>Erhöhung des Barmittelansatzes</p> <p>von 3 666 000 DM</p> <p>um 800 000 DM</p> <p>auf 4 466 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Siehe Antrag : Konzept zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p>ja Enthaltung ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999**

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16	CDU	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 547 10 Ausgaben für private Sicherheitsdienste</p> <p>Streichung des Baransatzes</p> <p>von . 7 500 000 DM um 7 500 000 DM auf 0 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die mit diesem Titel auf den Weg zu bringende Privatisierung im Strafvollzug und damit im Bereich hoheitlicher Aufgaben wird abgelehnt. Sie entspricht nicht den tatsächlichen Bedürfnissen an einen sicheren Strafvollzug, der zudem seine Aufgaben im Bereich der Resozialisierung erfüllen muß.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p>nein ja nein</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17	SPD Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 547 10 Ausgaben für private Sicherheitsdienste</p> <p>Es wird folgender Haushaltsvermerk ausgebracht: Eingesparte Mittel fließen dem Titel 429 10 zu. <u>Begründung:</u> Siehe Antrag: Konzept zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p>ja Enthaltung ja</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
18	SPD Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 684 10 Zuwendungen an die Zentrale des Sozial- dienstes katholischer Männer e.V., an das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, an die Arbeiterwohlfahrt Bezirk Niederrhein e. V. und an den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Norrhein-Westfalen e. V. und sonstige</p> <p><u>Baransatz</u> 150 000 DM</p> <p>Es wird folgender Haushaltsvermerk ausgebracht: Nicht verausgabte Mittel fließen Kapitel 03 210 Titelgruppe 684 30 zu.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p>ja Enthaltung ja</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
19	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 729 00 neu Schaffung zusätzlicher Haftplätze im Justizvollzug im Rahmen des Konzepts zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug</p> <p>Barmittelansatz 6 300 000 DM</p> <p>Verpflichtungsermächtigung: 69 200 000 DM</p> <p>Es werden folgende Haushaltsvermerke ausgebracht:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigungen sind gesperrt. 2. Aus diesem Titel dürfen auch solche Baumaßnahmen finanziert werden, deren Gesamtkosten im Einzelfall den Betrag von 2 000 000 DM übersteigen. <p>Mit dem Sonderbauprogramm sollen eine Justizvollzugsanstalt für die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen eingerichtet und die Justizvollzugsanstalten Moers-Kapellen, Remscheid, Geldern, Schwerte sowie die Jugendarrestanstalten Remscheid und Bottrop ausgebaut werden.</p> <p>Begründung: Siehe Antrag: Konzept zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20	SPD Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 427 60 Vergütung an nicht hauptamtlich in der Gesundheitsfürsorge für Gefangene Tätige</p> <p>Die Erläuterungen werden um folgenden Satz ergänzt: " Aus diesen Mitteln dürfen nicht nur Sexualtherapien, sondern auch andere Therapiekosten bezahlt werden."</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD CDU GRÜNE</p> <p>ja ja ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 1999**

Anlage zur Vorlage 12/2460

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
21	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titelgruppe 91 Kosten des Vollzugs von Abschiebungs- haft</p> <p>Titel 547 91 Sonstige Ausgaben für die Versorgung und Betreuung der Abschiebungsgefange- nen</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <p>von 12 650 000 DM um 200 000 DM auf 12 450 000 DM</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja</p>

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den
Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtags
Anlage zu Vorlagen 12/2487
12/2457
12/2458
12/2459
und 12/2460

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1999
Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Justiz

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Justiz
Anlage: - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
03 020	Allgemeine Bewilligungen			
535 20	Für überörtliche Aufgaben der Kataster- und Vermessungsverwaltung sowie für die <u>Aufmessung</u> von Gebäuden in Ortslagen im Zuge der Flurbereinigung Die Ausgaben sind übertragbar.	5.800.000	- 100.000	5.700.000
TG 60	Ausgaben für die Informationstechnik (Haushaltsvermerk unverändert)			
812 60	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland Verpflichtungsermächtigung: 10.000.000 DM	30.400.000	- 1.000.000	29.400.000
03 030	Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge			
643 12	Förderung des Vereins zur Förderung der Flüchtlingsarbeit in Nordrhein-Westfalen e.V. (Trägerverein des Flüchtlingsrates NRW)	350.000	+ 150.000	500.000
684 00	Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen	525.000	+ 3.825.000	4.350.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: - DM es treten hinzu: 750.000 DM neu: 750.000 DM			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
03 110	Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen			
422 10	Bezüge der Beamten	2.869.676.500	- 2.330.000	2.867.346.500
536 40	Verkehrserziehung, kriminalpolizeiliche Beratung und Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt <u>neuer Haushaltsvermerk:</u> Satz 2 der Erläuterungen ist verbindlich. <u>Die Erläuterungen werden wie folgt ergänzt:</u> Für die Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt sind mindestens 100.000 DM vorgesehen.	1.600.000	-	1.600.000
812 20	Erwerb von Waffen und waffentechnischen Geräten, Einrichtung von Waffenmeistereien, technische Ausstattung der Schießstände, Anschaffung von Schießausbildungsgerät	6.200.000	- 200.000	6.000.000
812 30	Erwerb von kriminaltechnischem Gerät	3.500.000	- 200.000	3.300.000
TG 60	Informations- und Kommunikationstechnik			
812 60	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen	54.000.000	+ 2.330.000	56.330.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
03 210	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften	188.741.000	- 4.210.000	184.531.000
422 20	Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)	500.000	+ 200.000	700.000
684 30	Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern <u>Neuer Haushaltsvermerk:</u> Siehe Haushaltsvermerk Kapitel 03 410 Titel 684 10			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
03 410	Justizvollzugseinrichtungen			
	Einnahmen (Haushaltsvermerk unverändert)			
	Verwaltungseinnahmen			
131 10 (-neu-)	<u>Erlöse aus der Veräußerung von Dienstwohnungen aus dem Justizbereich</u>	0	+ 6.300.000	6.300.000
	Ausgaben Personalausgaben (Haushaltsvermerke unverändert)			
422 10	Bezüge der Beamten (und Richter) (Haushaltsvermerk unverändert)	427.342.000	+ 1.100.000	428.442.000
422 20	Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungs- dienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungsprakti- kanten und -lehrlinge)	22.986.000	+ 1.688.000	24.674.000
	<u>neuer Haushaltsvermerk:</u> Die Inanspruchnahme von 125 Einstellungsermächt- igungen bedarf der Einwilligung des Finanzministeriums.			
425 10	Bezüge der Angestellten (Haushaltsvermerke unverändert)	76.820.000	+ 600.000	77.420.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
429 10	Ausgaben aufgrund von Gestellungsverträgen (Haushaltsvermerke Nrn. 1 und 2 unverändert) <u>neuer Haushaltsvermerk:</u> 3. Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 547 10.	4.112.000	0	4.112.000
518 10	Sächliche Verwaltungsausgaben Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	3.666.000	+ 800.000	4.466.000
547 10	Ausgaben für private Sicherheitsdienste <u>neuer Haushaltsvermerk:</u> Eingesparte Mittel fließen dem Titel 429 10 zu.	7.500.000	0	7.500.000
684 10	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen) Zuwendungen an die Zentrale des Sozialdienstes ka- tholischer Männer e. V., an das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, an die Arbeiter- wohlfahrt Bezirk Niederrhein e. V. und an den Deut- schen Paritätischen Wohlfahrtsverband Nordrhein- Westfalen e. V. und sonstige <u>neuer Haushaltsvermerk:</u> Nicht verausgabte Mittel fließen Kapitel 03 210 Titel 684 30 zu.	150.000	0	150.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
729 00 (-neu-)	<p>Ausgaben für Investitionen (Haushaltsvermerke unverändert)</p> <p><u>Schaffung zusätzlicher Haftplätze im Justizvollzug im Rahmen des Konzepts zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug</u></p> <p><u>Verpflichtungsermächtigung: 69 200 000 DM</u></p> <p>Haushaltsvermerke: 1. <u>Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigung sind gesperrt.</u> 2. <u>Aus diesem Titel dürfen auch solche Baumaßnahmen finanziert werden, deren Gesamtkosten im Einzelfall den Betrag von 2 000 000 DM übersteigen.</u></p>	0	+ 6.300.000	6.300.000
TG 60	<p>Versorgung und Betreuung der Gefangenen (einschl. Reisekosten der nebenamtlich oder im Vertragsverhältnis beschäftigten Personen) (Haushaltsvermerk unverändert)</p>	13.400.000	0	13.400.000
427 60	<p>Vergütungen an nicht hauptamtlich in der Gesundheitsfürsorge für Gefangene Tätige (bisherige Erläuterungen unverändert) <u>Ergänzung der Erläuterungen:</u> Aus diesen Mitteln dürfen nicht nur Sexualtherapien, sondern auch andere Therapiekosten bezahlt werden.</p>	13.400.000	0	13.400.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
TG 91	Kosten des Vollzugs von Abschiebungshaft (Haushaltsvermerk unverändert)			
547 91	Sonstige Ausgaben für die Versorgung und Betreuung der Abschiebungsgefangenen	12.650.000	- 200.000	12.450.000
03 610	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen			
TG 80	<u>Volks- und Wohnungszählung 2001</u> <u>Neuer Haushaltsvermerk:</u> Die Mittel der Titelgruppe dürfen nur nach Freigabe durch den Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags verausgabt werden.			
	<u>Die Titelgruppe erhält folgende Erläuterung:</u> Die Mittel dürfen nur nach Vorlage eines Konzepts freigegeben werden.			
03 810	Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen			
681 10	Härtefonds zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen	3.700.000	+ 300.000	4.000.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
	Abschluß Einzelplan 03: Einnahmen Ausgaben Verpflichtungsermächtigungen	2.409.685.400 12.880.659.600 1.191.133.600	+ 6.300.000 + 9.053.000 + 69.950.000	2.415.985.400 12.889.712.600 1.261.083.600